

Formierung des Terrorapparates der Politischen Polizei sowie die Anatomic des „SS-Staates“ mit seinem Dualismus zwischen der NSDAP und den staatlichen Behörden, der Ämterpolykratie, den Kompetenzstreitigkeiten unter der Ministerialbürokratie u. a.

In biographietheoretischer Hinsicht – noch existiert keine „methodologische Anleitung“ für das Verfassen biographischer Studien – hätte der Verf. seine ursprünglich im Manuskript der Habilitationsschrift von 1991 enthaltenen interessanten Ausführungen über gruppen- und einzelbiographische Analysen übernehmen und darüber hinaus ausbauen können.³ Zudem vermißt der Rezensent in diesem Kontext auch eine klare Aussage des Autors über die Bedeutung einer kontrafaktischen Herangehensweise bei biographischen Untersuchungen.

Mit der vorliegenden biographischen Studie wird die Nationalsozialismusforschung um eine wichtige Arbeit über eine maßgeblich an der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des NS-Herrschaftsmechanismus beteiligten Führungspersönlichkeit des Dritten Reiches bereichert. Neben den ausgereiften inhaltlichen Darstellungen überzeugen aber nicht nur die umfangreiche Literatur- und Quellenbasis, sondern auch der leserfreundliche Stil des Autors. Auch dem historisch interessierten Leser, der u. U. nicht leicht den Zugang zu der ihm kompliziert erscheinenden Ideologie- und Strukturgeschichte findet, wird dieses Buch zweifellos eine große Hilfe sein. Für den Berufshistoriker dagegen bietet es zahlreiche Anregungen zum weiteren Nachdenken und dürfte bei diesem Kreis jenes Interesse finden, von dem zu Beginn dieser Rezension schon die Rede war.

Reyk Seela

1 Zur Person von Dr. jur. Werner Best: geb. 10. Juli 1903 Darmstadt, gest. 23. Juni 1989 Düsseldorf-Erkrath; Sohn eines Beamten. Studium der Rechtswissenschaften und anschließend Promotion; als Student Aufnahme des völkischen Gedankengutes und aktive Betei-

ligung am sogenannten Ruhrkampf gegen die Franzosen, die B. während dieser Zeit zweimal inhaftierten. 1929 Richteramt in Hessen; 1931 entlassen wegen der Mitautorschaft an den sog. Boxheimer Dokumenten, die Pläne zur Machtübernahme durch die NSDAP mit Hilfe von SA und SS enthielten sowie Maßnahmen zur Liquidierung politischer Gegner und zur Einführung einer Arbeitsdienstpflicht vorsahen. Seit 1930 Mitglied der NSDAP und 1931 der SS; 1931 bis 1933 Mitglied des Hessischen Landtags. März 1933 Sonderkommissar für das Polizeiwesen und ab Juli 1933 Landespolizeipräsident in Hessen. 1935 Abteilungsleiter und oberster Rechtsberater bei der Gestapo in Berlin. Seit 1936 Leiter des Amtes „Verwaltung und Recht“ beim Hauptamt Sicherheitspolizei und zugleich Stellvertreter von SD-Chef Reinhard Heydrich; ab 1939 Chef des Amtes II des neugegründeten Reichssicherheitshauptamtes im Rang eines SS-Brigadeführers. 1940 bis 1942 beim Verwaltungsstab des Militärbefehlshabers in Frankreich. 1942 bis 1945 Reichsbevollmächtigter in Dänemark. 1949 in Kopenhagen zum Tode verurteilt, dann zu zwölf Jahren Haft begnadigt und bereits 1951 entlassen. 1951 Rückkehr nach Deutschland und zunächst Rechtsberater beim Stinneskonzern. 1972 Anklage wegen Massenexekutionen in Polen 1939/40, die jedoch nicht weiter verfolgt wurde. Bis zuletzt stand B. häufig den in NS- und Kriegsverbrecherprozessen Angeklagten als persönlicher Rechtsberater bei.

- 2 Vgl. dazu M. Broszat, Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Beiträge von Martin Broszat, hrsg. von H. Graml und K.-D. Henke, München 1988, S. 266ff.
- 3 Vgl. Manuskript der Habil.-Schrift S. 11.

Luigi Vittorio Graf Ferraris, Günter Trautmann, Hartmut Ullrich (Hrsg.), Italien auf dem Weg zur „zweiten Republik“? Die politische Entwicklung Italiens seit 1992, Peter Lang, Frankfurt am Main 1995, 456 S. (= Italien in Geschichte und Gegenwart, Bd. 1)

Sieht man einmal von den Vereinigungserfolgen für die Bundesrepublik Deutschland ab, ist Italien zweifelsohne das westeuropäische Land, dessen politisches und

soziales System infolge des Zusammenbruchs des Ostblocks und des realen Sozialismus am stärksten in Bewegung geriet. In gewisser Weise präsentiert sich Italien als *das* Transformationsland des Westens. Nicht zuletzt dank seiner Bedeutung für das westliche Sicherheitssystem hatte Italien seit 1948 gewisse politische und wirtschaftliche Besonderheiten aufrechterhalten können: Über 40 Jahre eine Regierung unter Führung oder maßgeblicher Beteiligung der Christdemokraten, der als Opposition die stärkste kommunistische Partei des Westens gegenüberstand, ohne daß es jemals zu einem Machtwechsel nach französischem, englischem oder deutschem Muster gekommen wäre; ein hoher Anteil an Wirtschaftsunternehmen in Staatsbesitz. Seit 1992 geraten diese Koordinaten ins Wanken: Die in Gang gekommene politische Transformation trug bisher (Oktober 1996) zu einem weitgehenden Austausch des politischen Personals, zu einer grundlegenden Neuformierung der Parteienlandschaft und zur Regierungsbeteiligung der ex-kommunistischen Linksdemokraten (PDS) in der Regierung Romano Prodis seit Frühjahr 1996 bei. Italiens transformatorischer Sonderweg ist noch nicht abgeschlossen, das Ziel durchaus noch nicht klar.

Befindet sich eine Transformation noch in solchem Fluß, zeugt es von gewissem Wagemut, unter dem Titel „Italien auf dem Weg zur ‚zweiten Republik‘“ einen Sammelband vorzulegen, der anhand des Zeitraums Februar 1992 bis Juni 1995 eine Zwischenbilanz verspricht, die über die kurze Ära Berlusconi von 1994 hinausgeht. Einen solchen Band beurteilen heißt, seinen prognostischen Wert zu bemessen angesichts der Tatsache, daß die nationalen Wahlen vom 21. April 1996 das Mitte-Links-Bündnis mit dem Spitzenkandidaten Prodi an die Regierungsmacht gebracht haben und damit erstmalig seit 1948 wirklich ein Machtwechsel stattgefunden zu haben scheint.

In den fünfziger bis siebziger Jahren hatte sich in Italien das Regime der dauernden Regierungsparteien, die sog. „Partitocrazia“, etabliert und einen Status

quo ante, den folgende Strukturmerkmale prägten, geschaffen: Der Aufstieg Italiens vom Agrar- zum Industrieland, der Zweifronten-Kampf gegen die Systemopposition seitens des kommunistischen PCI und des neofaschistischen MSI und die Stabilisierung eines italienischen Typs einer Konkordanzdemokratie auf katholisch-kommunistischer Basis unterhalb der Regierungsebene („consociativismo“). In den achtziger Jahren, die vor allem von der Ministerpräsidentenschaft des Sozialisten Bettino Craxi geprägt waren, führte man unter weiterer Steigerung der exorbitanten Staatsschulden dieses mit zahlreichen wohlfahrtsstaatlichen Segnungen ausgestattete Modell fort, wobei die Zerfallssyndrome zunahmen. In seinem Einleitungsartikel zeigt *Ulrich* diese Strukturmerkmale und die immanenten Sprengsätze, die bei Veränderung des äußeren Bedingungsrahmens hochgehen mußten, auf.

Mit dem Verschwinden des „Faktors K“, der kommunistischen Bedrohung, spätestens seit der Auflösung der Sowjetunion, entstand ein Handlungsrahmen, in dem seit 1992 ein Domino-Effekt tragende Teile des alten Regimes in sich zusammenfallen ließ. Die regionalistische Lega Nord unter Führung Umberto Bossis stellte u. a. eine Steuerrevolte des kleinen und mittleren Unternehmertums in Norditalien dar (S. 38), die Anzeige eines kleinen Unternehmers wegen permanenter Schmiergeldzahlungen löste im Frühjahr die staatsanwaltschaftliche Untersuchungsaktion „Mani pulite“ („Saubere Hände“) und damit die Aufdeckung landesweiter Korruptionspraxis („Tangentopoli“) aus (S. 151-163), und der vom kleinen Mailänder Bauunternehmer zum größten TV-Besitzer Italiens aufgestiegene Berlusconi begann sich für eine politische Karriere zu interessieren. Die folgenden Daten markieren Etappen dieses Domino-Effekts: die Wahlen vom April 1992 sowie das Referendum über die Veränderung der Senatswahlverfahrens schwächen nach den ersten Informationen über „Tangentopoli“ und der Kritik an den Parteien durch den Staatspräsidenten Cos-

signa die herrschende Fünf-Parteien-Koalition merkt, die Kommunalwahlen vom Dezember 1993 waren ein Probelauf für neue Bündnisse (in Rom unterstützte Berlusconi den „post-faschistischen“ Kandidaten Fini) (S. 169) und stärkten kurzfristig die sich wandelnde Linke, die Parlamentswahlen vom 27. März 1994 brachten ein heterogenes Rechtsbündnis (Berlusconis Forza Italia, Finis Alleanza Nazionale und Bossis Lega Nord) an die Macht. Trotz der Bestätigung in der Europawahl vom 12. Juni 1994 zerbrach dieses Bündnis an unüberbrückbaren inneren Widersprüchen und verlor durch radikale sozialpolitische Sparpläne an Kredit in der Bevölkerung. Das Jahr 1995 prägte eine präsidenten gestützte Technokraten-Regierung unter Lamberto Dini, ein Machtgewinn des Staatspräsidenten Oscar Luigi Scalfaro sowie weitere Anklagen gegen Altpolitiker durch die Justizaktionen gegen „Tangentopoli“ und nun auch Mafia-Verbindungen (S. 20). Im März schälte sich Prodi als Kandidat eines „Polo dei progressisti“ heraus – also einer Mitte-Links-Formation, die in den Regionalwahlen im April/Mai 1995 einen „Probelauf“ gewann und damit das nationale Wahlergebnis vom 21. April 1996 vorausnahm. Die Referenden vom 11. Juni 1995 bestätigten einerseits den Status quo von Berlusconis Einfluß auf das Privatfernsehen, schwächten andererseits das Repräsentationsmonopol der Gewerkschaften (S. 426). Im Verlauf dieser Zeit hat sich das Parteiensystem völlig umstrukturiert, mit Berlusconis rechtskonservativer Forza Italia als größter Gruppe auf der Rechten und der sich sozialdemokratisch gebenden Linksdemokraten D'Alema auf der Linken. Eine Tabelle auf S. 24 veranschaulicht die Umstrukturierung der Parteienlandschaft.

Das Verschwinden des Faktors K mag ähnlich wie die Konditionen des Maastrichter Vertrages von 1992 zur Schaffung einer europäischen Währungsunion den Domino-Effekt ausgelöst haben. Wie die Analysen zur Vorgeschichte der politischen Krise zeigen, kamen seit den neunziger Jahren latente Strukturpro-

bleme an die Oberfläche: In einem klaren Artikel zeigt *Cacciagli*, wie die DC an Perspektive verlor, zu einer Klientelpartei verkam und daher auf den Legitimationsverlust nach Ende des Faktors K, die Säkularisierung der Gesellschaft und die Veränderung der Strategien von Vatikan und Bischofskonferenz nicht zu reagieren vermochte. *Raith* arbeitet heraus, wie das institutionelle System aus Klientelismus, staatsgeleiteter Industrie, Parteienfinanzierung mit Geldern von Staats- und Privatindustrie in der Wirtschaftskrise der frühen neunziger Jahre unfinanzierbar wurde und somit die Bereitschaft erhöhte, die Staatsanwälte von „mani pulite“ durch Aussagen zu unterstützen. Die auch die Kommunisten einschließende Symbiose von Parteienmacht und Staatsunternehmen mitsamt der Aufteilung der Interessen analysiert *Gröteke* prägnant und erklärt die makroökonomischen Folgen: „Die damit verbundene Schwerfälligkeit, erst recht aber die allmählich immer größere Abhängigkeit des ganzen Landes von den Subventions- und Gefälligkeitszentren Roms erklärt auch, warum das Land die große Chance der einmalig günstigen Konjunkturkonstellationen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre nicht zur Umkehr in der Schuldenpolitik und zur Sanierung des Staatshaushaltes nutzen konnte.“ (S. 67) Der Artikel von *Kusch* über die Staatsverschuldung (120 Prozent des BSP statt 60 Prozent wie im europäischen Durchschnitt) illustriert diese Folgen noch einmal besonders. Die von der Lega Nord erhobene Kritik am Zentralismus interpretiert *Wieser* u. a. als eine nach dem Verschwinden des Agrarproletariats verwandelte und damit für die Lega instrumentalisierbare Mezzogiorno-Frage. In seinem Aufsatz über die Rolle der historischen Bildung kritisiert *Rusconi* die Schwäche eines gesamtitalienischen Bewußtseins – was man angesichts der starken Gegendemonstrationen gegen Bossis Ausrufung der Republik Padanien im September 1996 durchaus differenzieren müßte.

Diesen Zusammenbruch von Strukturen begleiteten und verstärkten Aktivitäten

unterschiedlicher Protagonisten, die von den Herausgebern nicht ganz passend unter „politische Reformen“ zusammengefaßt werden. *Patrono* problematisiert die Revolution der Justiz, die immerhin eine ganze politische Klasse von der Bildfläche verschwinden ließ, hinsichtlich der Interessen von PCI/PDS und ihrer medial verstärkten Verselbständigung. *Armandi* ordnet die semipräsidentielle Amtsführung des späten Cossiga und des noch amtierenden Scalfaro in die Bestimmungen der Verfassung ein und zeigt anhand eines diachronen Überblicks, daß gerade bei virulenter Systemschwäche der Staatspräsident seinen Machtspielraum weit nutzt. *Jinemann* beschreibt das Paradox von Erfolg und Scheitern der Referendumsbewegung Mario Segnis, *Ulrich* zeigt anhand der verstärkten Parteienzersplitterung den transitorischen Charakter der letzten Wahlrechtsreform. Allen derartigen Aktivitäten zum Trotz blieben die politischen Lager während der Wahlen und Referenden 1994/95 relativ stabil, wie *Trautmann* zeigt, so daß beide Lager strukturell gezwungen sind, sich Koalitionspartner jenseits traditioneller Lagergrenzen zu suchen. Hier interessieren regionale Veränderungen und Kontinuitäten: So ist die süditalienische Wählerlandschaft, die von *Diamanti* typisiert wird, an manchen Stellen in Bewegung geraten, während sich in der „roten Zone“ der Emilia Romagna auch während der Berlusconi-Wahl vom März 1994 eine Kontinuität zugunsten des PDS halten konnte, die *Baccetti* mit einer regionaltypischen Kultur bürgerlichen Engagements, mit der relativ gut funktionierenden roten Regierungspraxis in Region und Kommunen und mit der Integration von Kleinunternehmern in die PCI/PDS-Sympathisanten erklärt. *Kuck* zeigt für die Stadt Rom, daß sich der dortige Rechtsruck im März 1994 innerhalb des rechten Lagers abspielte. Für das klassisch christdemokratische Veneto arbeitet *Riccamboni* heraus, wie sich die katholische, lokalistisch gefärbte Subkultur allmählich von der Democrazia cristiana abwandte und neue Typen von Volksvertretern sich der Lega Nord an-

schlossen. Das auch aufgrund der starken Verflechtung mit dem alten System nun völlig hilflose Verhalten des Episkopats während der Krisenjahre verstärkte den völligen Zusammenbruch eines einheitlichen politischen Katholizismus, wie *Broglia* zeigt und *Trautmann* in seinem Schlußessay betont (S. 435).

Der Zusammenbruch der alten Regierungsparteien hinterließ ein Vakuum, das z. T. neue Organisationen zu füllen versuchten. In einer vorzüglichen Analyse beschreibt *Rauen* Berlusconis Forza Italia als „Produkt des Medienunternehmers“, das mit den Methoden des „product placements“ und mit der personellen Infrastruktur von Berlusconis Fininvest auf den Markt gebracht wurde. *Trautmanns* Prognosen über die weitere Sozialdemokratisierung des PCI/PDS und dessen Orientierung auf das linke Zentrum sollten sich schließlich bestätigen. *Höhne* analysiert, wie sehr die Wandlung der MSI-Nachfolgerin Alleanza nazionale von einer neofaschistischen zu einer nationalkonservativen Partei von äußeren Handlungsbedingungen abhängt und eine wesentliche Wählergruppe, das süditalienische Kleinbürgertum, nach wie vor regimefaschistischen Vorstellungen huldigt. Darüber hinaus enthält der Band Beschreibungen von *Brütting* über die Lega Nord, von *Seißelberg* über die christdemokratischen Splitterparteien auf der Suche nach dem Zentrum und von *Raith* über die Linksabspaltung des PDS, die Rifondazione comunista. Die Wirksamkeit der Propaganda von Forza Italia und Lega Nord untersucht *Möller* anhand deren populistischen Sprachgebrauchs. – Auch im Vergleich zu den gegenwärtigen sozialpolitischen Auseinandersetzungen in Deutschland interessieren die beiden Artikel über die Verbände: *Mehl* beschreibt prägnant den Trend des Arbeitgeberverbandes Confindustria hin zu Korporatismus und Stabilität in den Arbeitsbeziehungen auch gegen Berlusconis Konfliktkurs, während auch die Gewerkschaften – so *Braun* – auf eine Institutionalisierung von Sozialbeziehungen dringen. Leider schließt letzter Artikel mit der erhöhten

Konfliktträchtigkeit der Spätzeit Berlusconi, ohne die Zeit nach Berlusconi in den Blick zu nehmen und damit Strukturmerkmale für eine Sozialpolitik der linken Mitte zu erheben. – *Rauen* beleuchtet die Taktik Berlusconi auf dem Medienmarkt.

Ein eigenes Kapitel ist der Außenpolitik gewidmet, wobei sich die Autoren *Ferraris* und *Telò* vor allem der Beziehung Italiens zur Europäischen Union widmen. *Telò* gelingt es auch, den innenpolitischen Stellenwert des Maastricht-Vertrages, d. h. dessen Katalysatorfunktion für die Transformation und die Verquickung mit dem regionalistischen Diskurs der Lega, zu benennen. Deutlich wird dabei, daß das EWG-Gründungsmitglied Italien an Einfluß in Europa verliert, seit es aus dem europäischen Wechselkursystem und somit aus der Führungsgruppe ausgetreten ist. Der europäische Diskurs bleibt ambivalent: Zum einen verliert das Leitbild Europa an Attraktivität, je mehr die Politik unpopuläre Maßnahmen mit den Zielen des Maastrichter Vertrages begründet, zum anderen versucht die Regierung Prodi gegenwärtig, Italien an die EU möglichst anzunähern. Wenn sich jedoch das Thema „Europa“ in Italien als zunehmend prekär darstellt, wäre von einer außenpolitischen Analyse des Transformationslandes Italien zu erwarten, andere Traditionen bzw. Interessenrichtungen Italiens (Mittelmeer, Adria-raum) in ihren Risiken und Chancen auszuloten – zumal in Italien selbst die Debatte um Geopolitik in den letzten Jahren wieder aufgelebt ist.

In seinem Abschlußkapitel „Italien auf dem Weg zur ‚zweiten Republik‘?“ versucht *Trautmann* zu bilanzieren: Anfang Juni 1995 konstatiert er „Reformkrise und Machtpakt in einer polarisierten Parteienlandschaft“ und prognostiziert ein Comeback des alten „consociativismo“, allerdings mit neuen Gesichtern, die bislang im zweiten oder dritten Glied standen (S. 437). Prodi rind sein aus dem „Polo dei progressisti“ hervorgegangenes Bündnis „L'Ulivo“ scheinen diese These zu bestätigen – allerdings mit der Präzisierung, daß nun erstmalig die exkommunistische

Linke die stärkste Kraft in der Regierungsmehrheit darstellt. Die Strukturprobleme bleiben dieselben, allerdings in einzelnen Punkten etwas gelockert. Risiken und Chancen der amorphen Transformation bleiben nach wie vor offen. Dieser anhand der einzelnen Aufsätze illustrierbare Befund belegt auch die These der Herausgeber, daß Italien weder in einer „zweiten Republik“ angekommen ist noch eine Revolution durchlaufen hat. *Pellicani* formuliert es in seinem Kapitel über die sich noch am „revolutionärsten“ gebende Justiz so: „Wechsel der politischen Klasse im Rahmen der Institutionen der Republik... der ... in der Substanz unverändert geblieben ist“ (S. 42).

Um den Sammelband mit seinen 32 Aufsätzen abschließend zu bewerten: Seine analytische Kraft geht über den Zeitraum hinaus, da er Strukturen aufzeigt, die im Frühjahr 1996 eine Regierung Prodi begünstigen sollten. Auch dank einer Autorenschar, die nicht nur dem etablierten Wissenschaftsmilieu entstammt, bietet der Band eine große Informationsfülle über die Vorgeschichte und den bisherigen Verlauf der Transformation. Inmitten dieser Übergangszeit entstanden, kann der Band natürlich noch keine wirkliche Synthese liefern. Doch hätten sich Herausgeber und Verlag manche Wiederholungen und Niveaunterschiede (z. B. beim Thema Außenpolitik) und redaktionelle Schlapereien (z. B. offizieller Redaktionsschluß März 1995 unter Berücksichtigung von Abstimmungsergebnissen im Juni 1995; die Unkenntnis der Referendums-Ergebnisse des Autors auf S. 440, die er ab S. 417 schon berichtet hat) sparen können. Über den aktuellen Moment hinaus liegt der Wert des Bandes als Arbeitsinstrument in seiner Informationsfülle: Daher wäre es kein Luxus, wenn der Leser anhand eines Sach- und Namenregisters zu den gewünschten Informationen auch finden könnte. Da manche Aufsätze eine Kenntnis des Ereignisablaufes voraussetzen, wäre eine knappe Zeittafel durchaus von Nutzen.

Friedemann Scriba